



GEOPOLITIK & FREIHANDEL

Neue Allianzen für Europa und Österreich

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



INTERVIEW
ISTA-Präsident Martin Hetzer
über Spitzenforschung

Seite 5



CLUB1031
Die jungen Wilden vom
Schwarzenbergplatz werden 50

Seite 9



WIEN
Die Technologiemetropole
im Herzen Europas

Seite 12

Die EU im Spannungsfeld neuer globaler Allianzen

Ein Jahr nach dem Beginn des Ukrainekriegs zeichnet sich ein immer deutlicheres Bild der geopolitischen Auswirkungen ab, die für Exportnationen wie Österreich eine wichtige Rolle spielen.

Rund ein Jahr nachdem Russland in der Ukraine eingefallen ist und seither einen brutalen Krieg führt, zeichnet sich ein immer deutlicheres Bild der geopolitischen Auswirkungen ab. „Für Österreich als exportstarke Volkswirtschaft sind diese geostrategischen Verschiebungen von hoher Bedeutung für bestehende und künftige Handelspartnerschaften“, sagt Michael Löwy, Bereichsleiter Internationale Beziehungen & Märkte bei der IV. Derzeit richten sich alle Blicke auf China und dessen weitere Positionierung im Ukrainekrieg.

Zwischen Russland und China

In der bisherigen Tolerierung des russischen Angriffs durch China und Indien sehen Beobachter eine erstarkende Allianz zwischen Russland, China und Indien sowie zentralasiatischen Staaten, die vom Wohlwollen dieser Großmächte abhängig sind. So wird beispielsweise kasachisches Öl durch russische Leitungen exportiert. „Von einem neuen Block zu sprechen wäre dennoch verfrüht“, so Löwy; das Verhältnis zwischen Russland und China sei seit Jahrhunderten angespannt. „Bei neuer Interessenlage könnte China eine Umkehr seiner Positionen einleiten und sich wieder dem Westen zuwenden. Russland geht ein deutliches Risiko ein, indem es sich von Europa wirtschaftlich abkoppelt und auf China fokussiert.“ China sei Russland nicht nur wirtschaftlich und militärisch überlegen – für China sind die USA und Europa auch die wesentlich wichtigeren Handelspartner. Bei den Importen in die EU lag China mit 22 Prozent aller Importe 2021 auf Platz eins; 2022 ist das Handelsvolumen mit Europa zwar gesunken und jenes mit Russland gestiegen, aber nach wie vor betragen die Exporte Chinas in die USA und nach Europa ein Vielfaches des Exportvolumens nach Russland.

Das immer selbstbewusstere Auftreten Chinas sowie seine mal mehr, mal weniger vorsichtige Annäherung an Russland lässt andere asiatische Länder aufhorchen und bringt sie dazu, neue Allianzen vorzubereiten. Mit Indien erstarkt eine neue wirtschaftliche Großmacht, die mittlerweile fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die Rolle Indiens könnte das Machtgefüge auf der weltpolitischen Bühne deutlich beeinflussen. Auch deshalb versucht die EU, ein Abkommen mit Indien in trockene Tücher zu bringen und die neue EU-Initiative „Global Gateway“ zu forcieren. Und nicht nur die EU bemüht sich um Indien: Im März erst warb Japans Premier Fumio Kishida bei einem Indien-Besuch für seine „Indo-Pazifik-Vision“ – und damit um ein Bündnis für ein stärkeres Auftreten gegenüber China.

Neue Partnerschaften für Europa

„Für Europa ist jetzt der richtige Zeitpunkt, sich um neue Handelspartnerschaften zu bemühen und vorhandene zu stärken – etwa auch jene mit den USA. Die EU wird einen Großteil der wirtschaftspolitischen Folgen des Kriegs tragen, da ihre wirtschaftliche Verflechtung mit Russland und der Ukraine deutlich höher ist als die anderer Länder, die Russland ebenfalls sanktionieren, wie etwa die USA, Kanada oder Japan. Auch wird die EU bei einem Wiederaufbau mehr als andere beitragen müssen“, sagt Löwy. Gleichzeitig ist die Nachbarschaft Europas ein fragiler Krisenherd: Nordafrika, der Nahe Osten und der Schwarzmeerraum sind politisch und daher auch in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung instabil. Gleichzeitig bemühen sich sowohl Russland als auch China in diesen Regionen um Verbündete. „Umso wichtiger ist die Stärkung von Wirtschaftsbeziehungen über die direkte Nachbarschaft hinaus. Eine große Chance als First Mover hätte die EU jetzt gerade in der Mercosur-Regi-

on, doch das Zeitfenster könnte sich bald schließen, wenn andere Player schneller sind“, betont Löwy.

Energie und Rohstoffe

Ein Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ist auch für die Diversifizierung der europäischen Energieversorgung wichtig. Potenzielle Partnerschaften mit Staaten im Nahen Osten und im Norden Afrikas gewinnen dadurch immer stärker an Bedeutung für Europa und somit auch für Österreich als Gasdrehscheibe Europas. Einen ersten Schritt dahin gehend setzte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits 2022 mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung für ein Erdgasabkommen mit Israel und Ägypten. Auch österreichische Regierungsvertreter und Wirtschaftsdelegationen bemühten sich zuletzt verstärkt um Energieimport-Partnerschaften.

Im Hinblick auf die langfristige Sicherung der Energieversorgung Europas und Ös-

terreichs könnte auch das Projekt „East-med“ zunehmend an Bedeutung gewinnen: Durch den Bau der geplanten Pipeline könnten ab 2027 Länder wie Israel, Libanon, Ägypten und Zypern Gas aus ihren Fördergebieten direkt in das europäische Netz einspeisen. Technisch taugt das Projekt später auch dazu, klimaneutralen Wasserstoff nach Europa zu transportieren.

Auch an den Rohstoffmärkten führten die Folgen des Kriegs zu einer Achterbahnfahrt, die sich zwar zuletzt beruhigt hat, aber klar zeigt: Europa ist bei einer Vielzahl an Rohstoffen für die grüne und digitale Transformation abhängig von wenigen Lieferanten. Russland gehört global zu den wichtigsten Exportländern für Industriemetalle – beim Export von Palladium, Nickel und Aluminium ist das Land Weltmarktführer. Im Hinblick auf die grüne Transformation muss Europa deshalb nun Ausschau nach alternativen Handelspartnern – wie etwa der Mercosur-Region – halten.



GASTKOMMENTAR

Österreich muss sich um Hochqualifizierte bemühen

Längst hat ein globaler Wettlauf um die besten Köpfe eingesetzt und Österreich liegt bei der Attraktivität für Auswanderungswillige nur im hinteren Mittelfeld.

Die Babyboomer gehen in Pension – und es ist ein wenig überraschend, dass jetzt alle so überrascht sind. Schließlich lassen sich demografische Trends relativ zuverlässig voraussagen. Die unangenehme Folge ist, dass die Bevölkerung in Österreich zwar weiter wächst, das Angebot an Arbeitskräften aber stagniert: 9,9 Millionen Menschen werden laut Statistik Austria Mitte des Jahrtausends hierzulande leben – aber nur 4,6 Millionen werden auf dem Arbeitsmarkt zu finden sein, so viele wie im Jahr 2022. Als Hauptgrund nennen die Statistiker die Alterung der Gesellschaft.

Doch die Wirtschaft wächst, und der Bedarf an Arbeitskräften steigt, vor allem an gut ausgebildeten. Wer soll die Lücke füllen? Frauen, Ältere, Junge, so die Antwort der Experten. Und, weil das nicht reicht: qualifizierte Zuwanderer. Längst hat ein globaler Wettlauf um die besten Köpfe eingesetzt. Die Nase vorn haben Neuseeland,

„Österreich zieht zunehmend Migranten an, die die Lücke auf dem Arbeitsmarkt nicht füllen können.“

Schweden, die Schweiz, Australien und Norwegen. Sie sind laut einem OECD-Ranking die attraktivsten Länder für Auswanderungswillige, die so gut qualifiziert sind, dass ihnen die Welt offensteht. Österreich liegt nur im hinteren Mittelfeld und ist sogar zurückgefallen – und das nicht einmal deshalb, weil sich das Umfeld hierzulande so verschlechtert hätte, sondern weil andere Länder mehr dahinter sind, internationalen Top-Talenten

die besten Rahmenbedingungen zu bieten. Um auch das Positive zu erwähnen: Die Rot-Weiß-Rot-Karte, die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Staaten, wird seit ihrer Reform im Vorjahr deutlich mehr nachgefragt. 2018 wurden gut 4000 positive Gutachten erteilt, 2022 schon gut 6000 – Tendenz steigend. Das ist im Vergleich zu den 109.000 Asylanträgen, die voriges Jahr gestellt wurden, aber immer noch fast nichts, zumal ein stark wachsender Anteil der Asylwerber nicht einmal über eine grundlegende Alphabetisierung verfügt, wie der Integrationsfonds berichtet. Und nur etwas mehr als die Hälfte der seit 2015 nach Österreich gekommenen Asyl- und Schutzberechtigten arbeitet, sehr oft in prekären Jobs.

Im Umkehrschluss heißt das, dass Österreich zunehmend Migranten anzieht, die die Lücke auf dem Arbeitsmarkt nicht füllen können, während Hochqualifizierte, die ja besonders gebraucht werden, lieber anderswo

hingehen. Dieses Verhältnis umzudrehen wird eine der großen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre sein.



Jeannine Hierländer, stv. Ressortleiterin Wirtschaft, „Die Presse“.

Jetzt neue Abhängigkeiten verhindern!

Die geopolitischen Verschiebungen durch den Ukrainekrieg sollten in Europa längst die Alarmglocken läuten lassen. Neue Chancen im Welthandel müssen wir jetzt nutzen, wenn wir nicht in die nächste Abhängigkeit schlittern wollen.

Der Krieg, mit dem Russland die Ukraine überzieht und damit unermessliches menschliches Leid auslöst, ist in erster Linie eine humanitäre Katastrophe. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass sich rasant globale Machtverhältnisse verschieben und sich neue Allianzen bilden. Rund um uns verändert sich die Welt im Schnelltempo. Österreich und die EU sind keine abgeschottete Insel, ganz im Gegenteil: Wir sind die, die die wirtschaftlichen Auswirkungen am unmittelbarsten spüren und spüren werden. Neben dem Krieg in Europa sind wir auch in unserer Nachbarschaft, beispielsweise im Nahen Osten und Nordafrika, von Instabilität umgeben. Wir müssen den Blick in die Ferne schärfen, wenn es um zukunftsfitte globale Partnerschaften geht.

China springt als Partner in vielen Bereichen gerne ein – sei es bei Rohstoffen für die Energiewende oder bei Stoffen für die Medikamentenproduktion. Man muss kein Forscher und Aufdecker sein, um hier die nächsten Gefahren einer neuen Abhängigkeit erkennen zu können. Spätestens seitdem klar ist, dass China im Ukrainekrieg zwar (noch) keine Waffen liefert, sich tendenziell aber auf der Seite Russlands sieht, das es als Verbündeten gegen den demokratischen „Westen“ ansieht, sollten alle Alarmglocken läuten. Europa würde gut daran tun, jetzt bestehende Partnerschaften mit befreundeten Demokratien zu stärken und sich zusätzliche Verbündete zu suchen. Spätestens

in ein paar Jahren stehen wir sonst wieder da und beklagen wortreich, wie wichtig es gewesen wäre, die Quellen und Lieferanten kritischer Rohstoffe und Komponenten zu diversifizieren.

Möglichkeiten und Chancen dazu gibt es für Österreich und die EU einige, wie ein Blick auf die Weltkarte der Verhandlungen zeigt (siehe Coverstory, S. 6–7). Eine der größten Chancen steckt in der Mercosur-Region, wo sich durch den Machtwechsel in Brasilien eine historische Chance ergibt. Es ist angesichts der geopolitischen Gefahrenlage, in der wir uns befinden, absolut unverständlich, dass in Österreich in diesem Punkt völlig undifferenziert und platt mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten gegen ein faires Abkommen agitiert wird und damit die handelsdiplomatischen Bemühungen der EU behindert werden. Abgesehen davon, dass sich Österreich damit zunehmend in die Isolation begibt, zur Erinnerung: Österreichs Wohlstand fußt auf dem Handel mit anderen Ländern. Jeder vierte Steuer-Euro wird im Export erwirtschaftet, der damit auch eine wesentliche Säule des Sozialstaats ist.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



IV-MEINUNG

Aufrichtig trauern wir um
Präsident Sen. h. c.
KommR Dipl.-Ing. Dr.
Richard Schenz,

der am 1. März 2023
in seinem 84. Lebensjahr
verstorben ist.



Richard Schenz setzte als Generaldirektor der OMV und darüber hinaus als Unternehmer, als Präsident der Industriellenvereinigung Wien, als Vorsitzender des IV-Ausschusses für Infrastrukturpolitik sowie als langjähriger Vizepräsident der Wirtschaftskammer viele Jahre lang entscheidende Akzente, um den Wirtschaftsstandort Österreich weiterzuentwickeln und zu stärken.

Wir werden ihm stets ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren!

Das Präsidium der
Industriellenvereinigung

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 3. April war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

GRAFIK DES MONATS

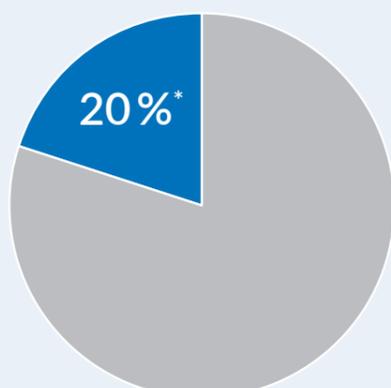
Aktuelle IV-Berechnungen zeigen, wie stark umverteilend das heimische Steuersystem wirkt. Am 5. April hat die IV wieder den „Tag der Steuerleistung“ ausgerufen: Bereits ab einem Einkommen von 3.400 Euro brutto pro Monat zählt man in Österreich zu den einkommensstärksten 20 Prozent

der Steuerpflichtigen. Am 5. April hat diese Gruppe bereits so viel Steuern an den Staat bezahlt wie der Durchschnitt aller Steuerzahler im ganzen Jahr. Ohne sie hätte der Staat bereits ab April keine Einnahmen aus der Einkommensteuer mehr. Egal ob AHS-Lehrerin, Mediziner oder Mechatronikerin:

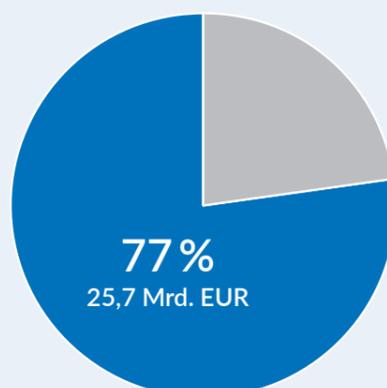
Sie leisten mit ihren Steuern gemeinsam mit unseren Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Schulen, Krankenhäusern, Straßen oder Radwegen. Statt alter und neuer Belastungsideen plädiert die IV deshalb für eine Entlastung des Faktors Arbeit.

Das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung bezahlt den Großteil der Einkommensteuer

Einkommensbezieherinnen
und -bezieher in Österreich



Gesamtaufkommen der Einkommensteuer
in Österreich (33,4 Mrd. Euro pro Jahr)



ZAHLEN

*Einkommen ab rd. 3.400 Euro brutto/Monat oder rd. 49.800 Euro brutto/Jahr

ZAHL DES MONATS

3.300

So viele Startups wurden in Österreich von 2011 bis 2021 laut „Austrian Startup Monitor“ gegründet. Die Anzahl der Startup-Gründungen hat sich nach einem starken Zuwachs zu Beginn dieser Periode mittlerweile etwas verlangsamt; 2017 bis 2019 hat sich die Startup-Szene auf ein bis heute gehaltenes Niveau von rund 360 Neugründungen pro Jahr eingependelt. Insgesamt sehen die Autoren des jährlichen Reports – AIT, Austrian Startups und WU Wien – bislang keine Anzeichen, dass die Krisen seit 2020 zu einem Rückgang an Startup-Gründungen geführt haben.

Startups werden für die Erhebung als Unternehmen definiert, die jünger als zehn Jahre sind, mit ihren Produkten, Dienstleistungen, Technologien oder Geschäftsmodellen innovativ sind und ein signifikantes Mitarbeiter- oder Umsatzwachstum aufweisen oder anstreben.

EXPERTENMEINUNG

FHs: Mehr Plätze und Sondertopf für Industrie-Kooperationen

An den Fachhochschulen werden mehr Studienplätze im Digitalisierungs- und MINT-Bereich geschaffen. 14 Mio. Euro pro Jahr fließen zudem in Innovationen und Kooperationen mit Industrie und Hochschulen.

Martin Polaschek, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, hat am 21. März die Ausbaupläne für den heimischen Fachhochschulsektor präsentiert: Der Fachhochschul-Entwicklungs- und -Finanzierungsplan sieht bis 2025/26 einen Ausbau von zusätzlichen 1.050 bundesfinanzierten Studienplätzen für MINT, Digitalisierung und Nachhaltigkeit vor. Konkret werden in drei Ausbaustufen je 350 Anfängerplätze geschaffen.

Aus Sicht der IV sind das sehr positive Nachrichten für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Österreich: Vor dem Hintergrund des eklatanten Fachkräftemangels, insbesondere im MINT-Bereich, ist das eine unverzichtbare und dringend notwendige Maßnahme,

„Die Fachhochschulen sind unverzichtbare Player der heimischen Industrie in der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften.“

damit dem heimischen Arbeitsmarkt künftig mehr hoch qualifizierte Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen zur Verfügung stehen. Die heimische Industrie rechnet mit einem Plus von 55.500 neuen hoch qualifizierten MINT-Jobs in Österreich bis 2025, fast 29.000 allein im IKT-Bereich.

Die IV hat im vorangegangenen Konsultationsprozess Ausbauszenarien für die Fachhochschulen eingefordert. Sehr positiv ist zu bewerten, dass es zusätzlich zum Ausbau der Studienplätze ab Oktober 2024 auch zu einer weiteren Erhöhung der bundesfinanzierten um 4,5 Prozent kommt.

Die Ankündigung eines finanziellen Sondertopfs, dotiert mit jeweils 14 Mio. Euro pro Jahr, um Innovationen und Kooperationen des FH-Sektors mit Hochschulen und der Industrie zu ermöglichen, setzt ebenso eine langjährige Empfehlung der IV in die Tat um – denn die Fachhochschulen sind unverzichtbare Player der heimischen Industrie in der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften. Nun ist es von entscheidender Bedeutung, junge Menschen, insbesondere Mädchen und Frauen, für technische Studiengänge und Berufe zu begeistern.



Gudrun Feucht, stv. Bereichsleiterin Bildung & Gesellschaft, IV.

MINT-Regionen: Erste bundesweite Ausschreibung für neues Qualitätslabel

Regionale Netzwerke aus Bildungseinrichtungen, Forschung und Wirtschaft können sich bis 15. September für das Qualitätslabel „MINT-Region“ bewerben.

Mit einer großen Stakeholderkonferenz wurde kürzlich die neue bundesweite Initiative „MINT-Regionen“ gestartet, die vom BMBWF, der IV, der MINTality Stiftung, der OeAD und der aws getragen wird. Die Hauptzielsetzung ist, die Kräfte aller MINT-Akteurinnen und -Akteure in den Regionen zu bündeln – vom Kindergarten über Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen und Vereine bis hin zu Partnern aus der kommunalen Verwaltung. Durch den Aufbau eines faszinierenden regionalen MINT-Angebots entlang der gesamten Bildungskette soll künftig kein MINT-Talent unentdeckt bleiben.

MINT-Regionen treten an, Begeisterung für MINT auszulösen, Zukunftschancen für die Jugend zugänglich zu machen und langfristig ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Sabine Herlitschka, Vizepräsidentin der IV, fasste die Idee hinter der Initiative auch im Namen der mitwirkenden Vertreterinnen und Vertreter der Industriefamilie zusammen: „MINT ist Zukunft. Egal, ob es um Lösungen gegen den Klimawandel, für die Energiewende oder die Unabhängigkeit Europas im Technologiebereich geht, überall werden heute MINT-Talente und MINT-Wissen immer stärker nachgefragt. MINT-Ausbildungen stecken dabei voller Chancen für Menschen, die selbst einen Beitrag leisten wollen. Es gibt schon viele MINT-Aktivitäten; auch die Industrie ist höchst engagiert. In den neuen MINT-Regionen wird nun konkret erlebbar, was MINT-Kompetenzen können, vom Kindergarten bis zum Technologieunternehmen. So werden aus MINT-Schulfächern echte „Schatzkisten“ voller Zukunftskompetenzen!“

Ein neu eingerichteter „MINT-Regionen Service Hub“ wird künftig den Aufbau von MINT-Regionen unterstützen. Regionale Netzwerke, die bestimmte Qualitätskriterien erfüllen, können sich bis 15. September 2023 um ein neues Qualitätslabel bewerben – als „MINT-Regionen“ werden sie zum erfolgreichen Vorbild für andere Akteure und erfahren hohe Sichtbarkeit als dynamische und attraktive Technologiestandorte im Herzen Europas.

WEBTIPP

Informationen und Einreichungen zur ersten Ausschreibung unter www.mint-regionen.at.



Thomas Welser, Welser Profile.



Gerlinde Wade, Science Garden / IV-Steiermark.



V.l.n.r.: Ulrich Hörmann von der OeAD, Therese Niss von der MINTality Stiftung, Barbara Weitgruber vom BMBWF, Sabine Herlitschka (IV/Infineon), Peter Aufreiter vom Technischen Museum Wien und Edeltraud Stifinger von der Förderbank aws.

ISTA-Präsident Hetzer: „Innovative Wissenschaft ist eine Reise ins Unbekannte“

Im Interview spricht der neue Präsident des Spitzenforschungsinstituts ISTA, Martin Hetzer, über Zusammenarbeit, Wissensvermittlung und Technologietransfer.



Der Molekularbiologe Martin Hetzer hat mit Anfang Jänner als zweiter Präsident die Leitung des Institute of Science and Technology Austria (ISTA) übernommen. Er folgt damit Thomas Henzinger, der das Institut in den vergangenen 14 Jahren aufbaute. Bis kurz vor Amtsantritt forschte und lehrte der gebürtige Wiener Hetzer am international bekannten Salk Institute for Biological Studies und der University of California in San Diego (USA). Im Interview spricht er über Spitzenforschung in Österreich, Technologietransfer und die Zusammenarbeit mit der Industrie.

Am ISTA haben 2009 die ersten Forscherinnen und Forscher ihre Arbeit aufgenommen, heute gehört es zu den Spitzeninstituten in Europa. Was sind die wesentlichen Zutaten für den Forschungserfolg des ISTA?

Martin Hetzer: Ich würde hier sogar einen Schritt weitergehen: Das ISTA darf sich mittlerweile zu den Spitzeninstituten weltweit zählen. Die Erfolgstreiber sind klar unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und deren Forschung. Unsere Aufgabe als Institut ist, ihnen dafür das ideale Umfeld und vollkommene Freiheit zu bieten, für ihre Forschung und den regen Austausch von Ideen und Methoden – das trägt natürlich zu diesem Forschungserfolg bei. Die Intention war von Anfang an: Wir wollen aus aller Welt die Besten der Besten in ihrem Fach

rekrutieren. Die Person war und ist dabei immer wichtiger als das Forschungsgebiet.

Was braucht es aus Ihrer Sicht dazu, um diese Position weiter auszubauen?

Wir führen unsere Erfolgsstrategie fort: Internationalität, Spitzenforschung und Zusammenarbeit über Disziplinengrenzen hinweg. Aber wir werden uns dabei in der Größe verdoppeln, von heute 75 auf dann rund 150 Forschungsgruppen und von heute etwas über 1.000 auf dann mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So können wir unseren Platz in der Reihe der Weltspitzeninstitute nicht nur festigen, sondern ausbauen.

Sie sind seit Jänner neuer ISTA-Präsident – welche Schwerpunkte wollen Sie setzen?

Meine Vision ist es, ein Wissenschaftsnetzwerk herzustellen, in dem sich Forscherinnen und Forscher frei bewegen können – und nicht durch Disziplinen eingeengt werden. Wenn man innovative Wissenschaft betreibt, ist das immer eine Reise ins Unbekannte. Das fächerübergreifende Forschen ist der Schlüssel, denn wenn man sich frühzeitig auf ein Fach festlegt, schließen sich andere Türen. Diese besondere Atmosphäre am ISTA, dass alle Felder mit allen anderen im Austausch bleiben, gilt es zu erhalten, denn dadurch schaffen wir bahnbrechende Entdeckungen, die sonst nirgendwo gelingen. Zusammenarbeit heißt aber auch Wissensvermittlung und Technologietransfer; Letzterer betrifft das „T“ in ISTA: Ich möchte in die Entwicklung von Technologien investieren, die uns neue Welten eröffnen können.

Das ISTA hat Signalwirkung für Technologietransfer aus der Grundlagenforschung.

Bei Spin-offs gibt es in Österreich im internationalen Vergleich noch Luft nach oben. Wie können wir bei Deep-Tech-Ausgründungen besser werden?

Wir als ISTA haben uns auch zum Ziel gesetzt, die bestmögliche Unterstützung bei der Übersetzung wissenschaftlicher Entdeckungen zu Anwendungen zu schaffen. Wo es möglich ist, werden über Technologietransferaktivitäten Partnerschaften mit der Industrie und ein Ökosystem für

Innovationen aufgebaut. Wir sind überzeugt, so an den Lösungen der großen gesellschaftlichen Zukunftsfragen mitzuwirken, sei das Klimawandel, KI oder das Altern. Der Großteil der Ausgründungen im Bereich Deep Tech stammt nach wie vor aus Amerika und Asien; Österreich, aber auch Europa hat hier Aufholbedarf. Unsere Wissenschaft kann da einen wichtigen Beitrag leisten – dafür müssen jedoch die richtigen Rahmenbedingungen vorhanden sein. Akademische Gründungen sollten daher integraler Bestandteil einer innovativen Forschungs politik sein.

Was sind aus Ihrer Sicht wichtige Bausteine für eine erfolgreiche Partnerschaft mit der Industrie?

Die Partnerschaft mit der Industrie ist uns besonders in Hinblick auf Technologietransfer ein großes Anliegen. Wir wollen auch in

Zukunft den Austausch zwischen Industrie und Wissenschaft forcieren. Dazu gehört der wichtige Aspekt, den Gründergeist auf dem Campus durch Einladungen von erfolgreichen Unternehmern, Vorträge und Workshops, Business-Ideen-Wettbewerbe und dergleichen weiter zu fördern.

Was würden Sie sich in diesem Zusammenhang von technologieintensiven Leitbetrieben in Österreich wünschen?

Ich lade jede Unternehmerin und jeden Unternehmer herzlich dazu ein, uns am ISTA-Campus zu besuchen und mit eigenen Augen zu sehen, was hier gelungen ist und weiterhin entsteht. Die Erfahrung zeigt, dass sich die Leidenschaft und der Pioniergeist unserer Forschenden übertragen und visionäre Projekte geboren werden, die sowohl Grundlagenforschung als auch industrielle Verwertung voranbringen.



„Fonds Zukunft Österreich“: Fokus auf Forschung in Zukunftsfeldern

Bis 2025 fließen über den Fonds jährlich 140 Mio. Euro in Spitzenforschung in konkreten Bereichen. Die Schwerpunkte für 2023 sind nun gesetzt.

Der „Fonds Zukunft Österreich“ ist ein Finanzierungsbaustein zur Ergänzung des FTI-Pakts, mit dem bis 2025 jährlich 140 Millionen Euro in grundlagen- wie anwendungsorientierte Spitzenforschung fließen. Ende März haben die FTI-Ministerien (Wirtschafts-, Bildungs- und Klimaschutzministerium) die strategischen Schwerpunkte für 2023 fixiert. Unter anderem sind Förderungen für F&E im Halbleitersbereich (u. a. für das Joint Undertaking „Chips

for Europe“), künstliche Intelligenz, anwendungsorientierte Grundlagenforschung (u. a. CD-Labors), Nachwuchsförderung sowie die Kofinanzierung des EU-Programms „Digital Europe“ vorgesehen.

Bis Mai können die Begünstigten des Fonds – Wissenschaftsfonds (FWF), Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG), Christian Doppler Gesellschaft (CDG) und Austria

Wirtschaftsservice (aws) – nun Vorschläge für konkrete Maßnahmen einbringen. Der finale Mittelbeschluss ist für Ende Juni geplant.

Die konkreten Ausschreibungen müssen danach rasch auf den Weg gebracht werden. Unternehmen stehen für zwei Drittel der Forschungsausgaben, daher müssen auch wichtige Formate zur Förderung der angewandten und unternehmensbezogenen Forschung im „Fonds Zukunft Österreich“

in angemessenem Ausmaß umgesetzt werden.



WEBTIPP

Mehr Informationen zu den Schwerpunkten im „Fonds Zukunft Österreich“.

7,168 Mrd. Euro

(+25,8 % im Vergleich zum Vorjahr)

Importe aus den USA nach AT

USA

Obwohl die USA für Europa einer der wichtigsten Märkte sind, gibt es bisher kein Freihandels- und Investitionsabkommen. Aus Sicht der IV sollten rasch Gespräche gestartet werden. Die USA sind nach Deutschland und Italien der drittgrößte Warenexportmarkt für Österreich und nach Deutschland und Tschechien auch die drittgrößte Destination für heimische Direktinvestitionen. Österreichische Unternehmen sichern rund 60.000 Arbeitsplätze in den USA und 250 der 800 Niederlassungen vor Ort haben dort eine aktive Produktion.

12,915 Mrd. Euro

(+16,3 % im Vergleich zum Vorjahr)

Exporte in die USA aus AT

646 Mio. Euro

(+ 64,9 % im Vergleich zum Vorjahr)

Importe aus Mexiko nach AT

MEXIKO

Mexiko ist einer der am schnellsten wachsenden Überseemärkte für Österreich und der wichtigste Absatzmarkt für österreichische Produkte in Lateinamerika. Rund 100 österreichische Unternehmen sind in Mexiko investiert und sichern etwa 8.000 Arbeitsplätze vor Ort. Eine Modernisierung des Handelsabkommens zwischen der EU und Mexiko steht vor der Umsetzung.

1,681 Mrd. Euro

(+ 30,7 % im Vergleich zum Vorjahr)

Exporte nach Mexiko aus AT

689,1 Mio. Euro

(+43,9 % im Vergleich zum Vorjahr)

Importe aus Mercosur nach AT

MERCOSUR

Der Mercosur-Raum umfasst Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay und ist nicht nur als Zielmarkt spannend, sondern auch als Quelle für wichtige Rohstoffe für die Energiewende. Mehr als 1.400 österreichische Unternehmen sind in den Mercosur-Staaten aktiv. EU-Exporte nach Mercosur sichern 32.000 Arbeitsplätze in Österreich. Der Mercosur-Block liegt auf Platz 25 als Exportdestination österreichischer Produkte.

1,34 Mrd. Euro

(+44 % im Vergleich zum Vorjahr)

Exporte nach Mercosur aus AT

FREIER HANDEL

Die aktuelle Debatte um ein Handelsabkommen mit den Mercosur-Ländern in Südamerika richtet den Scheinwerfer auf das sonst oft unterbelichtete Thema Freihandel. Tatsächlich ist der Handel mit anderen Ländern das Fundament für Arbeitsplätze, Wohlstand und den Sozialstaat in Österreich. Rund ein Drittel der Waren und Dienstleistungen aus Österreich werden im Ausland verkauft, damit geht jeder vierte Steuer-Euro auf den Export zurück. 1,2 Millionen heimische Arbeitsplätze werden durch Exporte gesichert. Barrierefreier Handel über die Landesgrenzen hinweg ist nicht selbstverständlich: Unternehmen und ihre Mitarbeiter profitieren von Handelspartnerschaften, die Hürden und Barrieren beseitigen oder zumindest senken – etwa im Bereich der Zölle oder bei technischen Normen. Die Europäische Union hat bereits 48 Wirtschaftsabkommen, die auch Handelserleichterungen umfassen, mit insgesamt 78 Staaten in Kraft.

Export-Turbo

Viele erfolgreiche Abkommen zeigen, wie stark die Effekte solcher Partnerschaften sind: Zehn Jahre Handelspakt zwischen der EU und Korea haben dem bilateralen Handel von 2011 bis 2021 ein Plus von 71 Prozent beschert; Österreichs Exporte nach Korea sind seit Inkrafttreten bis 2022 sogar um 147,3 Prozent gestiegen, während die Steigerung der Exporte weltweit im gleichen Zeitraum bei 77,5 Prozent lag.

Die Bilanz des Abkommens zwischen der EU und Kanada, CETA, zeigt nicht nur, dass es wirtschaftlich sinnvoll ist – auch die Sorgen der Kritiker sind nicht (!) eingetreten. Weder ist kritische Infrastruktur in die Hände ausländischer Privatinvestoren geraten noch wurde der Markt in Europa mit Fleisch eingedeckt, das nicht den hohen europäischen Standards genügt. Dafür sind die Beschäftigungseffekte und ökonomischen Auswirkungen deutlich: Die EU-Exporte nach

Wie positioniert sich Europa als Partner im Welthandel und welche Abkommen sind für die EU und Österreich am aussichtsreichsten?

Kanada sind seit Beginn der Anwendung von CETA, 2017, bis 2021 um 26 Prozent gestiegen. 70.000 Arbeitsplätze wurden dadurch laut EU-Kommission geschaffen. Österreichs Exporte nach Kanada sind durch CETA von 2017 bis 2022 um 75,3 Prozent gestiegen. Und nicht zuletzt hilft ein Blick auf den europäischen Binnenmarkt, um sich die Vorteile des Abbaus von Handelshemmnissen vor Augen zu führen: Seit Österreichs EU-Beitritt haben sich die heimischen Exporte auf 194,1 Milliarden Euro 2022 mehr als vervierfacht – jene der Landwirtschaft (inkl. Lebensmittelverarbeitung) sogar verneunfacht.

„Angesichts der Neuordnung globaler geopolitischer Machtverhältnisse sowie des Ukrainekriegs und diverser Konflikte in der europäischen Nachbarschaft ist jetzt der richtige Moment, bestehende Abkommen mit befreundeten Demokratien zu stärken und auf die Suche nach klugen neuen Partnerschaften zu gehen“, so IV-Präsident Georg Knill. Derzeit verhandelt die EU unter anderem mit Australien, Indonesien und Indien. Nicht immer sind diese Verhandlungen einfach; bei Indien spießt es sich bisher unter anderem am Klimaschutz. Die Verhandlungen mit Mexiko (Modernisierung des bestehenden Abkommens) und Neuseeland wurden bereits abgeschlossen, die Abkommen aber noch nicht umgesetzt. Ähnlich verhält es sich mit einem der wichtigsten Abkommen, jenem mit Mercosur (Wirtschaftsraum Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay).

Mercosur: Handel und Klimaschutz

Bereits 2019 gab es eine erste Einigung auf ein Assoziierungsabkommen mit Mercosur, seither zieht sich die Umsetzung – vor allem aufgrund des Widerstands einzelner EU-Länder, zu denen auch Österreich gehört. Die Mercosur-Staaten entsprechen

zusammengerechnet der zwölftgrößten Volkswirtschaft der Welt und ein Abkommen mit der EU würde einen der größten Freihandelsräume weltweit bilden. „Es ist gleich aus mehreren Gründen jetzt eine historische Chance, dieses Abkommen zu einem Abschluss zu bringen: Einerseits gibt es in Brasilien eine neue Führung, die in Klimaschutzfragen offener und kooperativer ist, andererseits wäre die EU der erste Handelspartner, der mit den Mercosur-Staaten ein Handelsabkommen abschließt. Das würde unseren Exporteuren einen wichtigen Wettbewerbsvorteil verschaffen“, so IV-Präsident Knill.

Das Abkommen könnte laut einer Analyse der London School of Economics and Political Science binnen zwölf Jahren zu einer Steigerung europäischer Exporte in den Mercosur-Raum um bis zu 68 Prozent führen, bei Industriegütern sogar bis zu 94%. Das Abkommen soll nicht nur die Märkte öffnen, es geht auch um eine verstärkte politische Kooperation, etwa in Menschenrechts-, Bildungs-, Migrations- und Umweltschutzfragen. Beide Vertragsparteien verpflichten sich im Abkommen explizit dazu, Arbeitnehmer- und Umweltschutzstandards nicht zu senken. Zudem müssen sie das Pariser Klimaabkommen effektiv umsetzen, das unter anderem Brasilien verpflichtet, verstärkt gegen illegale Rodungen im Regenwald vorzugehen. „Österreichische Unternehmen exportieren Klimaschutztechnologie nach höchsten Standards und hätten durch ein Abkommen einen besseren Zugang zu den Märkten in Südamerika. Gleichzeitig ist eine Partnerschaft mit Mercosur auch eine Chance für Europa, sich bei Technologien für die Energiewende nicht in eine Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen zu begeben“, sagt Knill.

251 Mio. Euro

(+96,8 % im Vergleich zum Vorjahr)

Importe aus Australien nach AT

AUSTRALIEN

Trotz sehr überschaubarer Lieferungen von Australien nach Österreich ist „Down Under“ einer der wichtigsten Übersee-Exportmärkte. Aktuell gibt es dort rund 140 Niederlassungen österreichischer Firmen. Die Verhandlungen für ein Handelsabkommen zwischen der EU und Australien sollen dem Vernehmen nach heuer noch zu einem Abschluss kommen.

1,243 Mrd. Euro

(+12,3 % im Vergleich zum Vorjahr)

Exporte nach Australien aus AT

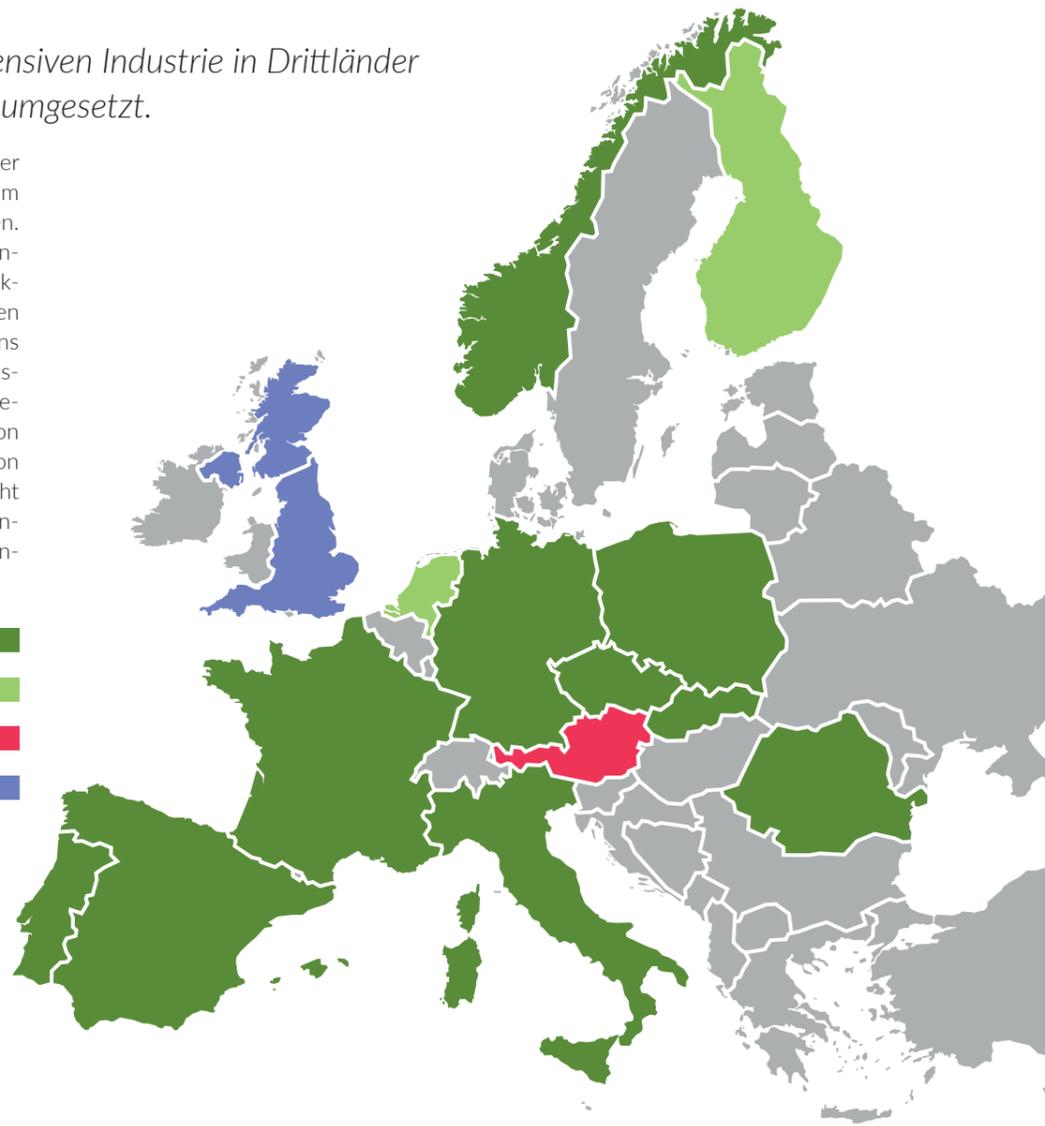
Ohne Strompreiskompensation Standortnachteile für Österreichs Industrie: Appell an Regierung

Die Strompreiskompensation soll ein Abwandern der stromintensiven Industrie in Drittländer verhindern. Fast alle EU-Länder haben das Instrument bereits umgesetzt.

Die fehlende Implementierung der Strompreiskompensation stellt für österreichische Industrieunternehmen einen klaren Standortnachteil dar – denn beinahe alle Länder der EU haben ein solches Instrument bereits umgesetzt und größtenteils bereits beihilferechtlich für die nächsten Jahre bei der Europäischen Kommission genehmigen lassen (siehe Karte). „Die Bundesregierung muss nun rasch handeln, um die österreichische Industrie wenigstens innerhalb Europas vor größeren Standortnachteilen zu schützen“, gibt Judith Obermayr-Schreiber, IV-Geschäftsführerin des Energieausschusses, zu bedenken. Der bereits seit vergangem Sommer vorliegende Entwurf zum Strompreiskostenausgleichsgesetz (SAG) muss nun endlich umgesetzt und als langfristiges Standortinstrument ausgestaltet werden. Aufgrund unionsrechtlich vorgegebener Fristen drängt die Zeit, wenn das Jahr 2022 noch erfasst werden soll.

aus fossilen Anlagen für den Erwerb ihrer CO₂-Zertifikate bezahlen müssen und im Strompreis an Verbraucher weitergeben. Um die Verlagerung energieintensiver Industrien aufgrund dieser erhöhten indirekten – weil weitergegebenen – CO₂-Kosten zu verhindern, wurde das Instrument ins Leben gerufen. Der Name Strompreiskostenausgleichsgesetz ist insofern irreführend, als die Strompreiskompensation rein auf den Schutz vor indirekter Carbon Leakage abzielt. Daher ist es auch nicht sachgerecht, eine Kombination mit Kriseninstrumenten wie dem Energiekostenzuschuss auszuschließen.

- Kompensation bis 2030 genehmigt ■
- Kompensation bis 2025 genehmigt ■
- 2022 in Diskussion ■
- Eigenes System ■



Worum geht es bei dem Instrument? Die Strompreiskompensation ist eine Beihilfe für indirekte CO₂-Kosten, die seit 2013 auf Basis einer EU-Beihilfenleitlinie gewährt werden kann. Konkret wird ein Teil der CO₂-Kosten rückerstattet, die Stromerzeuger



GARDE ZU BESUCH IM HAUS DER INDUSTRIE

Sicherheit durch eine starke Industrie, Sicherheit durch eine leistungsfähige Landesverteidigung: Seit mehr als 40 Jahren verbindet die Garde des österreichischen Bundesheers und die Industriellenvereinigung eine enge Partnerschaft. Im März fand wieder ein Austausch der beiden Organisationen beim traditionellen gemeinsamen Mittagessen im Haus der Industrie statt. Im Zentrum stand die Sicherheit als ein entscheidender Faktor für den Erfolg eines modernen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandorts. Gerade in unsicheren Zeiten sei Krisenmanagement eine wichtige Disziplin, zu der sowohl die Garde als auch die IV als Interessenvertretung einen wichtigen Beitrag leisten.

IV-PRÄSIDENT KNILL IN ROM

Im Rahmen einer Reise nach Rom traf der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Knill, unter anderem den italienischen Wirtschafts- und Industrieminister Adolfo Urso (im Bild links). Hauptthema des Gesprächs war die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder; Italien ist der zweitwichtigste Güterexportmarkt und der drittgrößte Importmarkt für Österreich. Auch im Bereich der Energieversorgung und -sicherheit gibt es großes Potenzial für die Zusammenarbeit, denn der Ausbau der italienischen Energieinfrastruktur durch steigende Importe aus Nordafrika und Aserbaidschan und der Bau von zwei LNG-Terminals sind wesentliche Pfeiler im Sinne einer sicheren und zukunftsfähigen Energieversorgung.

Rolle Europas auf globaler Bühne

Neben einer vertiefenden Zusammenarbeit Österreichs und Italiens war unter anderem auch die Rolle Europas in einer sich stark verändernden Welt Thema der Gespräche: „Europa gerät zunehmend ins Hintertreffen – wir müssen uns wieder vermehrt auf unsere europäische Einigkeit und Gemeinsamkeiten besinnen, denn nur so können wir strategisch die Herausforderungen unserer Zeit angehen und auf globaler Bühne stark auftreten“, sagte Knill.



„Club1031“ – die jungen Wilden vom Schwarzenbergplatz werden 50

Aus Anlass des Jubiläums lud der Vorstand Ende Februar zu einem ganz besonderen Abend ein.

Der „Club1031“ hat seit 50 Jahren das Ziel, die Industrie anzutreiben und junge und motivierte Führungskräfte sowie Vordenker zusammenzubringen. Im Rahmen von Clubabenden werden brisante und relevante Themen diskutiert und daraus Impulse und neue Gestaltungsideen für Österreichs Wirtschaft abgeleitet. Der Club baut dabei auf ein buntes Portfolio von Vordenkern und Führungskräften sowie auf ein breites Netzwerk an Altmitgliedern wie beispielsweise Georg Kapsch, Lorenz Fritz oder Christoph Neumayer.

Am 16. Februar wurde das Jubiläum ausführlich mit ca. 150 Mitgliedern und Altmitgliedern gefeiert. Im Rahmen der 50-Jahre-Feier haben viele Altpäsidenten ihre Erfahrungen und persönlichen Erlebnisse mit dem Club1031 geschildert.

Das neue Vorstandsteam rund um Sophie C. Ryba hat das 50-Jahre-Jubiläum auch für ein Rebranding genutzt: klarer Fokus auf den

Clubgedanken, die Vordenkerschaft und die Ausarbeitung von konkreten Positionen.

Der Club1031 wird auch künftig nicht gemühtlich werden und hat sich zum Ziel gesetzt, Impulse für Österreichs Wirtschaft zu setzen. Der Start in die nächsten 50 Jahre ist geprägt von einem volatilen Umfeld und zahlreichen Herausforderungen für den Standort Österreich. Der Club1031 ist überzeugt, dass Österreich wieder eine europäische Führungsrolle übernehmen soll, und hat dabei insbesondere das Thema Green Tech als wichtigen Differenzierungsfaktor ausgewählt, mit folgenden Zielen:

- Ausarbeitung einer Wasserstoff-Vision für Österreichs Wirtschaft.

- Verstehen und Vorantreiben von wichtigen Elementen der Green-Tech-Agenda, u.a. Circular Economy und Verpackungstechnologie.
- Entwicklung einer gesamtheitlichen Green-Tech-Agenda inklusive notwendiger Ausbildung, Förderung, Rahmenbedingungen, Innovation und Forschung.

INFORMATION

Input, Ideen und Diskussion sind auch in den nächsten 50 Jahren jederzeit willkommen. Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme unter: ute.weigand@iv.at oder www.club1031.at



Wir müssen die Themen unserer Generation ansprechen!

Für die Ernennung zur Bundesvorsitzenden und das entgegengebrachte Vertrauen seitens des JI-Bundesvorstands bedanke ich mich sehr. Mit großer Freude übernehme ich das Amt! Großer Dank gebührt Matthias Unger, der die Junge Industrie in den letzten Jahren mit großartigem Einsatz erfolgreich geführt hat. Mein Anspruch ist es, diesen Erfolgskurs fortzusetzen.

Apropos Erfolgskurs: Die Junge Industrie boomt. Einige Bundesländer verzeichnen Rekorde bei der Aufnahme von Mitgliedern sowie den Teilnahmezahlen bei Veranstaltungen. Der Drang, sich zusammenzuschließen, auszutauschen und gemeinsam den Wirtschaftsstandort Österreich voranzutreiben, ist überall spürbar.

Das freut mich persönlich sehr, denn gerade jetzt ist es essenziell, die Themen anzusprechen, die unsere Generation aktuell fordern und zukünftig beschäftigen werden. Die Junge Industrie kann hier die Rolle einer wirtschaftsliberalen Jugendvertretung einnehmen. Dabei ist es für uns zentral, unternehmerisches Bewusstsein bei den jungen Menschen zu schaffen; denn unternehmerisch zu denken und zu agieren bringt uns alle weiter und muss viel stärker gefördert und sichtbar gemacht werden. Als Bundesvorsitzende möchte ich mich dafür einsetzen, den Standort Österreich zukunftsfit zu machen und eine Umgebung zu schaffen, die es auch noch unseren Kindern und Enkeln ermöglicht, sich etwas aufzubauen. Die Vergangenheit hat uns leider zu oft gelehrt, dass Entscheidungen regelmäßig vorbei an den Interessen der nächsten Generationen getroffen werden.

Vergangenen Februar hat sich der Bundesvorstand in Klausur begeben und sich das Thema „Nächste Generation“ zu Herzen genommen. Im Rahmen eines Strategieworkshops wurden einerseits neue inhaltliche Schwerpunkte festgelegt, andererseits wurde bei bestehenden nachgeschärft. Bildung, Nachhaltigkeit und Klima, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Generationengerechtigkeit sind die Themen, mit denen wir uns in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen werden.

Ich freue mich sehr darauf, mich für diese generationenrelevanten Zukunftsthemen einzusetzen und bei dieser Gelegenheit der Jungen Industrie eine starke Stimme zu geben!

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

WEBTIPP

Mehr Bilder unter:
www.Club1031.at



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/Emmerich Mädl, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Christian Vorhofer, IV-Vorarlberg/Aurelian Böhler, IV-Wien

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





„Wecken wir damit die Neugier der Unternehmen?“

Die Rektorin der TU Wien, Sabine Seidler, äußert sich im Interview zu notwendigen Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für Innovation sowie auch zum neuen Standortabkommen zwischen Stadt und IV-Wien.



Sehr geehrte Frau Rektorin Seidler, was sind aus Wissenschafts- und Forschungsperspektive die Stärken und Schwächen von Wien als Technologiestandort?

Wien ist ein attraktiver Forschungsstandort. Dazu tragen verschiedene Aspekte bei: In Wien schaffen – neben einer Vielzahl von Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen – 23 tertiäre Bildungseinrichtungen ein außerordentlich attraktives Forschungsumfeld. Die gezielte Förderung von Schwerpunkten durch den Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF, Anm.) hat im Bereich der Grundlagenforschung kritische Massen entstehen lassen, die zusätzlich durch Kooperationen verstärkt werden und damit Sichtbarkeit generieren. Diese wiederum ist für alle Hochschulen und Forschungseinrichtungen Voraussetzung, um Spitzenforscher nach Wien zu holen, denn auch in diesem Feld gilt der Grundsatz: Top-Wissenschaftler ziehen Top-Wissenschaftler und – was für Öster-

reich ganz wichtig ist – Top-Nachwuchs an. Im Bereich der angewandten Forschung und im Technologietransfer liegt die größte Strahlkraft im Comet-Programm, in dem sich auch das Land Wien strategisch engagiert. Hinzu kommen die FH-Forschungsförderung und verschiedene Forschungsprogramme, die bi- und multilaterale Forschung zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen fördern. Gerade in diesem Bereich sind die Entscheidungen nicht immer nachvollziehbar. Sicher gibt es gute Gründe, warum etwa die Silicon Austria Labs (SAL, Anm.) im Wesentlichen ohne Wiener Engagement auskommen müssen; auch, wenn sich in den vergangenen Jahren mit der Arbeit des Vienna Economic Council vieles weiterentwickelt hat, müssen wir nach wie vor an der Vernetzung der Stakeholder arbeiten. Im Standortabkommen bekennen sich Stadt Wien und IV-Wien dazu, einen regelmäßigen Austausch zwischen Stadt, Industrie und Wissenschaft/Forschung zu etablieren. Das ist ein ganz wichtiger Schritt. Vielen von uns ist nicht bewusst, wie vielfältig der Forschungsstandort Wien ist und welche zukünftigen Potenziale hier zu heben sind. Den Standort Wien zeichnet genau das aus: ein kooperativer und integrativer Ansatz bei der Bündelung von Expertise und die Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit zur Bearbeitung von Transformationsprozessen. Die Stadt Wien ist mit ihren Strategien und Systemen für die Umsetzung vielschichtiger Transformationsprozesse – etwa Digitalisierung, Mobilität, Klimaschutz –, von denen unser Alltag geprägt ist, sehr gut gerüstet. Im Kooperationsabkommen über den Hochschulstandort mit Wiener Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen sichert etwa die Stadtverwaltung durch Services der Wirtschaftsagentur Wien Unterstützung zu, wenn es den Unis und Hochschulen darum geht, Absolventen in Wien zu halten. Zudem erhalten Wissenschaftler in Wien sub-

stanzielle finanzielle Unterstützung durch den WWTF. Neben dem Auf- und Ausbau inhaltlicher Schwerpunkte wie etwa Umwelt- und Energiesystemforschung oder Digitaler Humanismus wirken WWTF-Förderungen dort, wo Innovation, Exzellenz und Grundlagenforschung zusammentreffen. Das erhöht nachweislich die Attraktivität für wissenschaftliche Talente aus aller Welt und hilft damit, Wien als gewichtigen Wissenschaftsstandort zu positionieren, weiterzuentwickeln und weltweit sichtbar zu machen. Die Nähe und Verschränkung mit der lokalen, nationalen und internationalen Wirtschaft und Industrie sowie den vielen Organisationen und Einheiten der Vereinten Nationen in Wien runden das Bild eines begehrten Technologiestandorts Wien ab.

Was brauchen wir Ihrer Meinung, um aus den an sich guten Forschungserfolgen einen noch stärkeren Mehrwert für die österreichische Wirtschaft zu generieren?

Der Weg von der Grundlagenforschung zur Innovation ist ein Wertschöpfungsprozess mit vielen Schnittstellen, die von unterschiedlichen Stakeholdern bedient werden müssen. Die Rolle einer Technischen Universität geht in diesem Prozess recht weit, die Forschungsstrategie der TU Wien folgt diesem Wertschöpfungsgedanken: An der TUW können wir Grundlagen weiter in Richtung Anwendung entwickeln, über unser Innovation Incubation Center „i2c“ bis hin zur Ausgründung. Aber eine Universität stößt, wenn es um weiterführende wirtschaftliche Verwertung und um Skalierung geht, schnell an ihre Grenzen. An dieser Stelle sind Schnittstellen gefragt, und an denen müssen wir arbeiten. Starke Forschungsk Kooperationen sind dabei ein wichtiger Aspekt, und Innovationskooperationen gilt es zu entwickeln. Die TU Wien hat aktuell auf ihrer Website mehr als 100 Technology Offers aus den unterschiedlichsten Gebieten, beginnend mit Energieerzeugung

und -speicherung, über ICT-Technologien, Pharma und Medizintechnik, Produktionstechnologien, neue Werkstoffe bis hin zu Umwelttechnologien et cetera. Wecken wir damit die Neugier der Unternehmen? Wenn hier eine Lücke entsteht, muss diese geschlossen werden, indem wir weiterhin aufeinander zugehen, die wechselseitigen Bedürfnisse erfassen und mit diesem Wissen gemeinsame Räume für innovatives Arbeiten schaffen – und das im wortwörtlichen Sinn.

An welchen Stellschrauben müsste noch gedreht werden, um die Rahmenbedingungen für die universitäre Forschung in Wien weiter zu verbessern?

Die Attraktivität eines Forschungsstandorts formt sich aus dem intellektuellen Kapital, den Köpfen, und im naturwissenschaftlich-technischen Bereich zusätzlich aus der Infrastruktur. Darüber hinaus gilt es, Sichtbarkeit zu erzeugen. Die Wiener Forscher sind außerordentlich erfolgreich, arbeiten doch vier der fünf Forschungsdirektoren der Clusters of Excellence des FWF an Wiener Forschungseinrichtungen. Schwerpunktbildung ist ein Geheimnis dieses Erfolgs, und an dieser Stelle müssen wir konsequent weiterarbeiten. Das gilt für die Wiener Forschungseinrichtungen ebenso wie für die unterstützenden Stellen in der Stadt. Auch im neuen Standortabkommen ist dieser Aspekt ausdrücklich adressiert. Im Grundlagenforschungsbereich sehe ich eine große Chance, den Digitalen Humanismus als Alleinstellungsmerkmal für die Stadt weiterzuentwickeln. Der Reiz besteht hier in der Interdisziplinarität im Forschungsansatz und in dadurch besseren technologischen Lösungen. Ein ganz anderer Aspekt ist die Sichtbarkeit von Wien als Wissens- und Innovationsstandort. Die Stadt mit der höchsten Lebensqualität, bekannt als Zentrum für Kunst und Kultur, ist eine Wissenschaftsmetropole, und das muss selbstbewusst nach außen getragen werden.

Stoppt das Verwalten, lasst uns gestalten!

Derzeit wird viel über die Zukunft debattiert. Was sein wird, kann niemand wissen – die Politik tut aber oft so, als könnte sie bestimmen, was sein muss und kann. Das sprichwörtliche Pferd wird von der falschen Seite aufgezümt, anstatt jene Freiräume zuzulassen, die Innovation ermöglichen.



Wir leben in erstaunlichen Zeiten – und nein, ich meine jetzt nicht die vielen Krisen, die uns so sehr beschäftigen. Sprechen wir einmal abseits der Multikrise über das, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Bereich Innovation passiert ist und weiter passiert: Denken Sie nur daran, dass etwa das iPhone erst im Jahr 2007 vorgestellt wurde – und wie sehr diese Erfindung einen ganzen Markt und letztlich unsere Gesellschaft umgekrempelt hat. In allen Bereichen schreiten Wissenschaft und Technik unaufhaltsam voran: In der Softwarebranche erleben wir gerade die nächste Revolution im Bereich der künstlichen Intelligenz, bessere Lösungen bei Big Data beschleunigen die technische Innovation in vielen anderen Feldern; in der Medizin sind viele Programme in der Diagnostik bereits präziser als der Mensch, roboterunterstützte Operationen machen Eingriffe möglich, von denen noch vor ein paar Jahren niemand zu träumen gewagt hätte.

Gerade die Pandemie hat gezeigt, wie schnell wir sein können, wenn wir müssen: Impfungen, binnen Monaten entwickelt, getestet und massenhaft hergestellt, beruhend auf einer völlig

neuen Technologie – einer Technologie, mit der es in Zukunft selbst einer der größten Geißeln des menschlichen Daseins an den Kragen gehen könnte: der Krankheit Krebs. Erstaunlich! Und getrieben, wie so oft, durch erfinderrische, unternehmerisch denkende Menschen. Es gibt so viele exzellente Köpfe auf dieser Welt, die tagein, tagaus an den nächsten bahnbrechenden Innovationen forschen und arbeiten. Lassen wir diese Leute doch bitte einmal ihre Arbeit tun – denn keiner von uns kann wissen, was alles möglich ist und sein wird.

Damit aber zu einem weniger erfreulichen Thema, nämlich unserem tatsächlichen Umgang mit der Zukunft. Wir stehen vor großen Herausforderungen, das ist unbestritten. Allein der Klimawandel und die erforderliche Transformation unserer Energieversorgung sind bereits Mammutaufgabe genug. Die Politik hat aber bisher nur einen Lösungsansatz: Es wird gleichsam per Edikt von oben festgelegt, wie unsere Welt in zehn oder 15 Jahren auszusehen hat. Zumeist Verbote, ideologisch motiviert, sollen Wirtschaft und Technik in die erwünschte Richtung lenken.

Wer aber mit offenen Augen durch diese Welt geht, sollte erkennen, dass unsere Zeit vieles ist, aber sicher nicht eindimensional. Selten war so viel Komplexität wie heute. Gerade im Wettbewerb um die besten Lösungen für die Transformation unseres Energiesystems tun sich unzäh-

lige mögliche, vielfach bereits skalierbare Wege auf. Welche letztendlich zum Erfolg führen werden – wer weiß das schon? Am wahrscheinlichsten ist, dass es eine Vielzahl von Innovationen sein wird, die im gegenseitigen Wechselspiel die erforderlichen Lösungen bringen werden. An die Politik gerichtet kann der Rat daher nur lauten: Legt die ideologischen Scheuklappen ab, lasst die Denkverbote! Ein klarer regulatorischer Rahmen ist wichtig, aber ansonsten braucht es vor allem Freiheit und Incentives, damit sich Unternehmertum entfalten kann. Schon jetzt wäre viel mehr möglich, als wir denken, als wir oft in unserer kleinen Welt politischer Skandale und Skandalchen wahrnehmen wollen oder können.

Ein Beispiel gefällig? In einem aktuellen Interview wies Gunter Erfurt, CEO der Meyer Burger Technology AG, darauf hin, wie zukunftsreich er den Markt für Photovoltaikanlagen in Europa bewertet. Europa solle hier unbedingt Produktionen wieder auf den Kontinent zurückholen – die Folge wären Chancen für uns als Standort, Arbeitsplätze und Wertschöpfung sowie ein Plus an Energieautarkie, was wiederum auch unsere allgemeine sicherheitspolitische Unabhängigkeit stärken würde. Wichtig seien dabei die richtigen Rahmenbedingungen. Um diese Industrie als Investition in die Zukunft in Europa wieder aufzubauen, brauche es rund elf bis 15 Milliarden Euro, so Erfurts Schätzung. Klingt viel? Bedenken Sie, dass die EU-Staaten seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine allein rund 150 Milliarden Euro an Russland für Öl und Gas überwiesen haben! Und jetzt lassen Sie diese Zahlen einmal sickern.

Politik hat ihre eigenen Regeln, und diese Spielregeln haben oft weniger mit der Realität zu tun als mit dem ideologisch geprägten Bild einer „idealen Welt“. Viele aktuelle Herausforderungen sind aber zu wichtig, zu existenziell für unser aller Zukunft, als dass sie der Spielball von endlosem Parteien-Hickhack sein dürfen. Denn zielführend ist das nicht. Die Politik sollte anerkennen, dass es Bereiche gibt, wo sie nicht vorgeben kann (und soll!), was am Ende des Tages das Ergebnis ist.

In Europa sollten wir vielmehr Freiräume schaffen, die es wagemutigen Unternehmern gemeinsam mit der innovativen Wissenschaft ermöglichen, zu experimentieren, immer neue Wege auszuprobieren. Manche Wege werden ins Leere gehen, aber Scheitern ist ein natürlicher Teil des Strebens nach Erfolg – Unternehmer wissen das genauso wie Wissenschaftler. Das Experimentieren ist im Grunde nichts anderes, als mittels immer wiederkehrender Versuchsanordnungen viele Wege auszuprobieren. Nur einer mag ans Ziel führen, dennoch ist das Ausprobieren all dieser Pfade existenzieller Bestandteil dieses Prozesses. Kein Wissenschaftler würde akzeptieren, dass man ihm vorschreibt, wo und wie sein Experiment zu enden hat.

Wir brauchen die richtigen Rahmenbedingungen und gezielte Anreize, um Innovationen und Unternehmertum zu fördern. Die Zukunft muss nicht verwaltet, sondern gestaltet werden. Also lasst uns Unternehmer einfach machen! Dann werden wir diese Jahrhundertherausforderung auch erfolgreich gemeinsam stemmen.

Zum Schluss nun aber noch zu einem persönlichen Anliegen: Am 1. März hat dieses Land mit unserem ehemaligen Präsidenten und gutem Freund Dr. Richard Schenz nicht nur eine herausragende Unternehmerpersönlichkeit verloren – Richard Schenz war vielmehr ein Mann der guten alten Schule, mit Prinzipien, immer am Dialog interessiert, um den Austausch mit allen bemüht. Solch ruhige, wohlüberlegende Manager und Unternehmer werden wir dringend brauchen, um die Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam zu bewältigen. Mein tief empfundenes Mitgefühl gilt der Familie von Richard Schenz! Lieber Richard, du wirst uns fehlen!

Ihr

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –
via E-Mail an debatte@iv.at.

JI-Wien startet „Learning.Sessions“

Das „Mysterium“ Unternehmensbewertung bildete den thematischen Auftakt zur neuen Veranstaltungsreihe.

Wenn es um die Bewertung von Unternehmen geht, tappen die meisten erst mal im Dunkeln. Dabei ist das Thema sowohl für Startups, KMU als auch Industrieunternehmen von zentraler Bedeutung.

Um dem Ganzen auf den Grund zu gehen, lud die JI-Wien daher Mitte März zur ersten „Learning.Session“ ins Haus der Industrie ein. Jakob Giesecke (i5 Invest), Matthias Schmitzer (BDO) sowie Lothar Stadler (Epoona) teilten in drei spannenden Vorträgen ihre Fachexpertise mit den JI-Mit-

gliedern. Alle drei Referenten befassen sich in ihrer täglichen Arbeit mit dem Thema und erläuterten anhand konkreter Beispiele und der gängigsten Methoden, wie sich eine Unternehmensbewertung ergeben kann, wie sich Multiples zusammensetzen und was bei einem Management-Buy-out zu beachten ist. Die Moderation der spannenden Veranstaltung übernahm JI-Wien-Vorstandsvorsitzender Maximilian Nimmervoll. Ziel der „Learning.Sessions“ soll es in Zukunft sein, den JI-Mitgliedern in mehreren Veranstaltungen tiefgehend fachliche Themen zu vermitteln, die für ihre Arbeit in den Unternehmen relevant sind.



Reges Interesse am Thema Unternehmensbewertung.



In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Festsaal des Wiener Rathauses wurde das neue Abkommen der Öffentlichkeit präsentiert – im Bild (v.l.) Wirtschafts- und Finanzstadtrat Peter Hanke, Bürgermeister Michael Ludwig und IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler.



Das Standortabkommen bildet die Grundlage für die gemeinsame standortpolitische Arbeit der kommenden Jahre.



Ziel ist es, gemeinsam die Stadt Wien weiterzuentwickeln – und sie noch stärker als Technologiemetropole von Weltrang zu positionieren.

Wien – die Technologiemetropole im Herzen Europas

Stadt Wien und IV-Wien haben ein neues Standortabkommen unterzeichnet. Gemeinsam soll an den wichtigsten standortpolitischen Herausforderungen gearbeitet werden.

Die IV-Wien unterzeichnet in regelmäßigen Abständen Standortabkommen mit der Stadt Wien. Nach den Jahren 2006, 2008, 2010, 2014 und 2018 war es nun wieder so weit: Nach intensiven Diskussionsrunden mit IV-Mitgliedern, Experten und Stakeholdern im Vorjahr konnte Anfang März das neue Abkommen im Rahmen einer Pressekonferenz im Wiener Rathaus der Öffentlichkeit vorgestellt werden. „Wien ist weltweit bekannt als Stadt mit der besten Lebensqualität, als Metropole für Kunst und Kultur. Dies klammert aber aus, dass Wien auch ein sehr erfolgreicher produzierender Standort ist“, wie IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler betonte. So sichere die Wiener Industrie direkt und indirekt über 300.000 Arbeitsplätze in der Hauptstadt. „Wir wollen die Spitzenleistungen der Wiener Wirtschaft und Industrie sowie der Wiener Forschung international aber auch sichtbarer machen und uns noch stärker als Technologiemetropole von Weltrang positionieren. Die Welt befindet sich in einem rasanten Wandel, etwa im Bereich der fortschreitenden Digitalisierung oder der erforderlichen Dekarbonisierung unseres Wirtschafts- und Energiesystems. Technologischer Fortschritt ist dabei ganz ein-

fach der entscheidende Schlüssel zur Lösung dieser Herausforderungen; vor allem auch, um in Zukunft Energie in ausreichender und leistbarer Menge zu sichern. Wir sind als Industrie integraler Teil der Lösung und stehen als aktiver Partner zur Verfügung“, so Pochtler.

„Die Unterzeichnung des Standortabkommens mit der IV-Wien freut mich ganz besonders, denn eines lehrt uns der Blick in die Geschichte: Die Zweite Republik war immer dann besonders erfolgreich, wenn alle relevanten Kräfte an einem Strang gezogen haben. Die exzellente Zusammenarbeit von Stadt Wien und Industriellenvereinigung für die stetige Weiterentwicklung des Wirtschafts-, Industrie- und Arbeitsstandorts Wien hat eine gute und lange Tradition. Unsere gemeinsame Vision lautet, Wien als Technologiemetropole von Weltrang zu etablieren. Ziel ist es dabei, den Wohlstand und die hohe Lebensqualität in Wien zu halten, insbesondere durch hochwertige Arbeitsplätze und die hervorragende Wiener Daseinsvorsorge“, so Bürgermeister Michael Ludwig im Rahmen der Pressekonferenz. Wien habe sich als Wirtschaftsstandort in den vergangenen Jahren trotz der vielen Krisen sehr gut entwickelt; so konnte Wien im Juni 2022 mit erstmals mehr als 900.000

Beschäftigten einen neuen Beschäftigungshöchststand erzielen.

Fundament für den Erfolg der Zukunft

Das Standortabkommen 2023 umfasst eine Reihe an Themen, die aus Sicht der Stadt Wien sowie der IV-Wien dazu beitragen sollen, den Wirtschafts-, Industrie- und Arbeitsstandort Wien weiterzuentwickeln. So soll etwa das Standortprofil Wiens weiter geschärft werden, denn derzeit sei man beispielsweise in der Grundlagenforschung gut unterwegs, wie IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan betonte – „wenn es aber darum geht, Innovation in Produkte und Lösungen am Standort zu übersetzen, dann gehören wir leider nicht zu den Besten.“ Zukunftschancen böten hier etwa die Life Sciences oder auch die Digitalisierung. Weitere Kapitel des Abkommens beschäftigen sich mit den Themen Fachkräftesicherung sowie beruflicher Weiterbildung, aber auch grundlegenden Zukunftsherausforderungen wie der Bereitstellung einer modernen Verkehrsinfrastruktur sowie einer nachhaltigen Energieversorgung.

„Wir positionieren Wien bereits seit Jahren national sowie international entlang der

Stärkefelder unseres Standorts. Dabei ist auch die kritische Auseinandersetzung mit Zukunftsthemen wichtig. Genau das haben wir in intensiver und erfolgreicher Zusammenarbeit mit Experten aus unterschiedlichen Themenbereichen für unser neues Abkommen mit der Industriellenvereinigung Wien im vergangenen Jahr erarbeitet“, so der Wiener Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke. „Wir können stolz auf dieses umfangreiche Paket sein, das richtungsweisend für die Weiterentwicklung unseres Wirtschafts-, Industrie- und Arbeitsstandorts ist.“ Diesem positiven Ausblick konnte auch Höhrhan nur zustimmen: „Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir viele weitere Initiativen und Projekte erfolgreich umsetzen werden, um unsere Stadt gemeinsam erfolgreich in die Zukunft zu führen.“

WEBTIPP

Das „Wiener Standortabkommen 2023 – Wien, die Technologiemetropole im Herzen Europas“ kann auf der Homepage der IV-Wien heruntergeladen werden:

<https://wien.iv.at/>